

Infoperu No 18

Der monatliche Rundbrief der Informationsstelle Peru e.V.

21. Februar 2013

1. Editorial
2. Thema des Monats: Ja oder Nein – die Schlacht um Lima
3. Die Cañaris gegen ein kanadisches Bergbauunternehmen
4. Offener Brief an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages
5. Positive Nachrichten aus Peru
6. Neuschwanstein und Macchupicchu: von Touristen ueberlaufen
7. Veranstaltungshinweise

1. Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser des Infoperu,

Als Präsident Humala ankündigte, die ILO-Konvention 169, das Gesetz zur Vorabkonsultation der indigenen Bevölkerung bei sie betreffenden Infrastruktur- oder Investitionsmaßnahmen, zu ratifizieren und die nationalen Ausführungsbestimmungen zu erlassen, war ihm wohl nicht klar, welche „heiße Kartoffel“ er damit in die Hand nahm. Nun hat der Vizeminister für Interkulturalität, Iván Lanegra, der zum Kulturministerium gehört, eine Datenbank angekündigt, in der insgesamt 52 indigene Kulturen auf peruanischem Territorium identifiziert sein sollen und in deren Siedlungsgebieten eine „Consulta previa“ bei Konzessionsvergabe durchgeführt werden müsste. – Aber dies ist nicht nur eine „interkulturelle“ Frage, denn natürlich sind auch andere Sektoren der Regierung an der Frage interessiert, wo in Zukunft nicht mehr problemlos z.B. Bergbaukonzessionen vergeben werden können: Die Zuständigen in der Regierung für Bergbau, Umwelt, Landwirtschaft und Wirtschaft, alle wollen mitreden und vertreten unterschiedliche Interessen. Die Hauptschwierigkeit wird sein, die indigenen Kulturen im Andenbereich zu identifizieren. Außerdem ist zu erwarten, dass im Amazonasbereich, wo bereits 80% des Territoriums konzessioniert ist, die Frage erhoben wird, welche nach 1995 – dem Jahr der peruanischen Unterschrift unter die ILO-Konvention - vergebenen Konzessionen überhaupt je legal waren und somit Gültigkeit haben. Und diese summieren sich auf insgesamt 90 000! Wäre es heute administrativ überhaupt möglich, alle diese Konzessionen rückwirkend auf ihre Rechtmäßigkeit zu überprüfen? Die Veröffentlichung der angekündigten Datenbank wurde deshalb erst einmal aufgeschoben. In der Praxis sind es nun die indigenen Verbände wie AIDSEP und CONAP, welche sich als Interessenvertreter und Verhandlungspartner für den Amazonasraum anbieten. Im Andenraum ist die Lage noch schwieriger. Und da wird auch das von Vizeminister Lanegra angekündigte Team von 90 Übersetzern den „Dialog“ mit der betroffenen Bevölkerung nicht flüssiger machen! –

So ist zu erwarten, dass von den 227 Sozialkonflikten, die die Ombudsstelle Perus (die Defensoria del Pueblo) in ihrem jüngsten Bericht registriert hat, ein noch höherer Anteil sozio-ambientale Ursachen haben wird (zur Zeit sind es 148), die häufig zu Gewaltakten und Toten und Verletzten führen. Vom Innenministerium kam deshalb bereits die

Ankündigung, Polizeispezialeinheiten zu bilden, die in Bergbaugebieten „die Sicherheit der Bevölkerung garantieren und den wichtigsten Wirtschaftszweig, nämlich den Bergbau, schützen sollen.“

Und so ist das Land auch zehn Jahre nach Vorlage des Berichts der Wahrheits- und Versöhnungskommission, welcher zur nationalen Befriedung des Landes beitragen sollte, weit entfernt, dies Ziel erreicht zu haben. Dies aber auch deshalb, weil weiterhin die juristische Aufarbeitung vieler Fälle von Verbrechen im grausamen internen Krieg von 1980 bis 2000 nicht angegangen worden ist, und die „Reparationen“ für Opfer und Angehörige weitgehend auf sich warten lassen. –

Dennoch gibt es auch eine positive Nachricht, welche von den Betroffenen mit Genugtuung aufgenommen worden sein dürfte: Am 15. Januar wurde laut Presseberichten der Rohbau der 4-stöckigen zentralen Erinnerungsstätte in Lima mit dem offiziellen Namen „Lugar de la Memoria, la Tolerancia y la Inclusión Social“ beendet. Der Bau wurde im November 2010 begonnen und unter anderem auch mit Mitteln aus Deutschland finanziert. An dem Küstensteilhang von Miraflores gelegen, war es besonders schwer, die Grundpfeiler des Gebäudes zu installieren. Dennoch meint der Leiter der Gedenkstätte, Fernando Carvallo, dass noch in diesem Jahr der Innenausbau beendet werden kann und das Museum auf Ende 2013 eingeweiht werden soll.

In einem anderen Bereich steht die Regierung Humala noch in der Pflicht, nämlich den angekündigten nationalen Plan zur Umsetzung der Menschenrechte (Plan Nacional de Derechos Humanos) zu erarbeiten. So bleibt u. A. auch das so wichtige Menschenrecht auf Wasser in Peru weiterhin nicht juristisch und administrativ verankert und der Zugang zu ausreichendem und sauberem Trinkwasser wird weiterhin zu sozialen Konflikten führen. –

Mit diesem Thema wollen wir von der Informationsstelle Peru uns beim diesjährigen Jahrestreffen in Köln auseinandersetzen. Wir werden sicher spannende und informative Debatten führen.- Die Einladungen werden in Bälde versandt.

Mechthild Ebeling

(Vorstandsmitglied der Informationsstelle Peru e.V.)

2. Thema des Monats: JA oder NEIN – die Schlacht um Lima

Lima hat längst den Ruf des Schreckens (Lima, la horrible) hinter sich gelassen, den der Schriftsteller Salazar Bondy der peruanischen Hauptstadt einst anheftete: die historische Altstadt erglänzt in neuer Pracht, neue Museen und Plätze bringen Kultur nahe, die Gefahr, von einem neuen SUV-Auto überfahren zu werden ist in Lima heute höher als die Gefahr, ausgeraubt zu werden. Für die Freunde des Konsums wird an jeder Strassenecke ein neues Einkaufszentrum erbaut. Von Restaurants ganz zu schweigen, die Lima zur gastronomischen Hauptstadt Lateinamerikas machen. Dennoch sind die Bewohner Limas unzufrieden: am 17. März entscheiden sie darüber, ob sie ihre seit zwei Jahren

amtierende Oberbürgermeisterin Susana Villarán abwählen. Unfähig sei sie, so sagen ihre Gegner, die sich um ihren Amtsvorgänger Castanheda scharen. Korrupt sei die vorherige Administration gewesen, so Villarán. Aber längst geht es gar nicht mehr um Korruption oder nicht. Die Schlacht um den Sessel der Oberbürgermeisterin Limas konzentriert sich heute in den Strassen Limas auf zwei Wörter: das rote SI steht für die Abwahl Villaráns, das blaue NO für ihren Verbleib im Amt.

Zeigten bis vor ein paar Wochen alle Umfrageergebnisse gegen Susana Villarán, so ergaben die letzten Umfragen Anfang Februar ein Patt zwischen Gegnern und Befürwortern Villaráns. Ausschlaggebend für die Aufholjagd Villaráns ist die Wahlkampfstrategie von Villaráns Berater Luis Favre. Der Brasilianer hatte bereits Ollanta Humala vor zwei Jahren zum Wahlsieg verholfen. Seine Kampagne stellt nicht die Person oder die Amtsführung Villaráns in den Mittelpunkt, sondern die Option NO – NEIN (zur Abwahl) gegenüber dem SI – dem JA der Gegner zur Abwahl Villaráns.

Bekannte Persönlichkeiten werben auf grossen Plakaten nun in Lima mit ihrem NO für den Verbleib von Susana Villarán. Ihre Gegner pflastern Lima mit SI-Plakaten zu. Dieser Wahlkampf wird vor allem im Internet höchst originell weitergeführt: unzählige Internet-Aktivistinnen haben das Mem „NO“ (analog zum biologischen Gen, ist ein Mem der kleinste Träger kultureller Information) auf witzige Art und Weise abgeändert. Die neu erstellten Bilder haben mit dem Bürgermeisterabwahl nichts mehr zu tun, aber das NO (bzw. das SI bei den Gegnern) bleibt als Wahloption für den 17. März im Gedächtnis der Menschen hängen. Eine Auswahl von virtuellen NO- und SI-Mems kann man auf youtube finden (<https://www.youtube.com/watch?v=Av1NDLQuJMA>)

Wie aber konnte es überhaupt so weit kommen, dass die erste Frau im OB-Amt und die erste Linke, die nach fast 20 Jahren wieder ein hohes Wahlamt in Peru erobert hat, um ihre Amt bangen muss? Die 62-jährige Villarán ist eine bekannte Menschenrechtsaktivistin, war Frauenministerin in der Übergangsregierung Paniagua. 2010 gewann sie hauchdünn die Bürgermeisterwahl gegen die bekannte Christdemokratin Lourdes Flores – die Chance dazu bekam sie durch das vorzeitige Ausscheiden eines Hauptkonkurrenten. Als Villarán das Amt im Januar 2011 antrat, nahm sie sich vor, aufzuräumen und stiess auf mächtige Gegner: ihr Amtsvorgänger Luis Castanheda hatte zwar Korruption im grossen Stil betrieben, war bei der Bevölkerung aufgrund seiner vielen Bauten („obras“) aber sehr beliebt. Die im Stadtmanagement unerfahrene Villarán hatte schnell den Ruf einer ineffizienten und untätigen Bürgermeisterin weg – einen Ruf, der ihr bis heute anklebt, obwohl inzwischen Taten für ihre Effizienz sprechen: sie hat einige heisse Eisen angepasst, wie die Ordnung des Grossmarktes oder die Ordnung des chaotischen öffentlichen Verkehrs.

Paradoxerweise kam der grösste Widerstand gegen die linke Villarán aus den armen Bevölkerungsschichten, während die besser gestellten Limenhos ihren anfänglichen Widerstand aufgaben. Dies scheint sich nun zu ändern. Selbst diejenigen, die Villaráns Amtsführung nicht gut halten, sind nicht unbedingt für ihre Abwahl. „Es bringt doch nicht, jetzt mitten in der Legislaturperiode eine teure Abwahl zu veranstalten“, sagt zum Beispiel der Betreiber einer kleinen Eisenwarenhandlung im Süden Limas. Auch wenn noch nicht alle von der Amtsführung Villaráns überzeugt sind, so nimmt die Zustimmung zu ihrer Abwahl ab. „In zwei Jahren sind sowieso Wahlen, da können wir für jemand

anderen stimmen“, sagt der Händler. Die Möglichkeit zur Abwahl von Bürgermeistern wurde 2004 Gesetz, noch im Banne der eben aufgedeckten Korruptionsfälle unter der Regierung Fujimori. In der Praxis hat sich das Gesetz jedoch als zweischneidig erwiesen: oft dient es den Wahlverlierern dazu, den Gegner vorzeitig abzuwählen und selber wieder an die Macht zu kommen.

Hildegard Willer

3. Die Cañaris gegen ein kanadisches Bergbauunternehmen

Nimmt man eine Südamerika-Landkarte zur Hand und sucht an der Nordküste Perus die Region Lambayeque, so erkennt man, dass diese Region auch Gebirgszonen umfasst. Eine der Provinzen von Lambayeque ist Ferreñafe und dort liegen im Distrikt Cañaris die Jahrhunderte alten Ortschaften San Juan de Cañaris und Incawasi. Je nach Höhenlage auf drei geologischen Stockwerken leben ihre BewohnerInnen vom Anbau von Kaffee, Obst, Zuckerrohr, Mais, Bohnen, Kartoffeln, Weizen, Quinoa. Jedoch, die Idylle trägt.

96,16 % der Distriktfläche sind von Regierungsbeamten im fernen Lima in Konzession an Bergbauunternehmen vergeben worden, darunter an die kanadische *Candente Copper Corporation-Cañariaco*, die drei Projekte (Cañariaco Norte, Cañariaco Sur und Quebrada Verde) plant. In einer selbst organisierten Bürgerbefragung sprachen sich im September 2012 95% der Bevölkerung gegen diese Bergwerkstätigkeit aus. Die Befragung war zweifelsfrei sauber und absolut transparent durchgeführt. Eine Gemeindevollversammlung im November in San Juan ergab ebenfalls: 97 % der „Comuneros“ und „Comuneras“ sprachen sich gegen die Bergbauprojekte aus.

Um ihre Befragungsergebnisse an die Öffentlichkeit zu bringen und gehört zu werden, gehen die Leute von Cañaris seit geraumer Zeit auf die Straße und protestieren gegen die weitere Zerstörung ihrer Umwelt und Lebensgrundlagen. Denn tatsächlich lebt ganz Lambayeque vor allem von Landwirtschaft, Viehhaltung, Fischfang und vom Tourismus. Letzterer blüht dank Attraktionen der Mochica- und anderer Kulturen sowie der enormen Biodiversität, die sich nicht zuletzt in den wichtigen Nebelwäldern von Cañaris verbirgt.

Runder Tisch als Alibifunktion

Auf die Proteste der Bevölkerung von Canaris musste die Politik reagieren. Sie installierte einen Koordinierungskreis mit VertreterInnen der Bevölkerung, der, wie sich bald herausstellte, eine Alibifunktion hatte. Während die Cañaris unter Berufung auf die *peruanische Verfassung*, auf die *ILO-Konvention 169*, auf die *UN-Deklaration über die Rechte Indigener Völker* sowie den *Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte* die Entscheidung gegen die weiteren Bergbaupläne für getroffen und gültig hielten, ging es den Vertretern der Politik darum, den Bergbau durch Angebote von Infrastrukturmaßnahmen wie Schulbau etc. schmackhaft zu machen. Ein exemplarischer Streitpunkt war und ist, ob sich die Cañaris überhaupt auf ihr Recht nach einer Vorab-Konsultation als indigenes Volk nach der von Peru ratifizierten ILO-Konvention 169 berufen dürften, denn schließlich sprächen nur 64 % der Cañaris Quechua und etwa 30 % sprächen ausschließlich Spanisch. Also, meint die Politik: Hier handelt es sich um keine indigene Bevölkerung.

Obwohl die Beantwortung dieser Frage nichts mit den Bürgerrechten der Cañaris in der aktuellen Situation zu tun haben sollte, sind die Ausführungen des Historikers Antonio Zapata nicht uninteressant, denn sie illustrieren die alte südamerikanische und aktuell politische Debatte, wer indigen ist.

Ein Blick in die Geschichte der Cañaris

Die Hauptsiedlung der ethnischen Gruppe der Cañaris befand sich im heutigen Ecuador.

Der Inka-Herrscher Huayna Cápac lernte sie bei seinen Eroberungsfeldzügen als kampfbereit schätzen und nahm sie als Söldner in sein Richtung Quito marschierendes Heer auf. Da sie sich bewährten, übernahm er sie ins riesige Inkareich und siedelte die Cañaris in Wehrdörfern zur Sicherung der Grenze an. Sie waren zwangsintegriert, aber als Beschützer auch privilegiert.

Später, als die Inka-Herrschaft wegen der internen Kämpfe zwischen Huáscar und Atahualpa bröckelte, stellten sich die Cañaris auf die Seite von Huáscar (Cuzco-Clan) und konnten bald Atahualpa (Cajamarca-Clan) gefangen nehmen. Diesen Sieg feierten sie so exzessiv, dass Atahualpa fliehen und seinerseits die Geschichte verbreiten konnte, er habe sich zwecks Entkommen in eine Schlange verwandelt. Diese Fähigkeit verlieh ihm zusätzlichen göttlichen Glanz. Jedenfalls gewannen seine Truppen in der Folgezeit alle Kämpfe gegen Huascar und dessen Verbündete, so dass die Cañaris zu den ewigen Verlierern zählten. Um zum siegreichen Atahualpa-Lager zu wechseln, schickten die Cañaris als Zeichen ihrer Ergebenheit und Garantie, keine Aufstandsabsichten zu haben, Kinder aus ihren Führungsfamilien zu Atahualpa. Der, so heißt es, ließ alle Kinder umbringen aus Rache, weil die Cañaris sein großes Ohr, Zeichen der Zugehörigkeit zur Inka-Aristokratie, eingeschnitten hatten.

Doch als spanische Truppen und ihre Verbündeten - ihrerseits früher von den Inka Eroberte, die sich bei dieser Gelegenheit aus Fron- und Abgabendiensten befreien wollten – das Heer von Atahualpa massakrierten und den letzten Inka gefangen nahmen, gehörten die Cañaris zum Atahualpa-Heer. Am Tag nach dem Massaker kamen sie, berichtet Antonio Zapata, ins spanische Lager und machten dort klar, dass sie ab sofort die Seiten wechseln und mit den Eroberungstruppen kämpfen würden. Sie waren dann mit den Chachapoyas und Kämpfern aus Huanca, Huaylas und anderen Regionen unterwegs um Cuzco einzunehmen.

Ein Teil der Cañaris war dort geblieben, wo sie vom Inka Huayna Cápac angesiedelt worden waren – im heutigen Distrikt Cañaris. Im Lauf der Jahre und Jahrhunderte vermischten sie sich mit der dort ansässigen Bevölkerung, behielten aber Teile ihrer Kultur, wie z.B. ihre Sprache, das Quechua.

An den Entwicklungsvorstellungen der Cañaris heute geht die theoretische Debatte, ob sie indigen sind oder nicht, vorbei. Sie sind es. In erster Linie geht es ihnen aber darum, die irreversible Zerstörung durch den flächendeckenden Abbau von Gold, Silber und Kupfer aufzuhalten. Da die Proteste und der Widerstand andauern, riefen die Vertreter der Politik statt zu gescheiterten Koordinierungstreffen nun zu Dialogrunden, die ebenfalls zum Scheitern verurteilt sind, so lang der Wille der Bevölkerung komplett ausgeblendet wird.

Die Cañaris haben sich inzwischen als dauerhaft in Alarmbereitschaft und im Widerstand deklariert. Ihre Demonstrationen und Kundgebungen wurden schon mehrmals

niedergeknüppelt. Zuletzt wurden bei einer Straßenblockade von etwa 400 Comuneros mehrere hundert Polizisten eingesetzt: 26 Personen wurden verletzt, 2 von ihnen lebensgefährlich.

Es ist kaum anzunehmen, dass die Cañaris, die vor einem halben Jahrtausend in ihrem neuen Zuhause, dem Wehrdorf, geblieben waren und sich nicht den Rohstoffraubzügen der Spanier angeschlossen hatten, die Fronten wechseln und sich auf die Seite eines Unternehmens schlagen werden, das – flankiert von rohstofffixierter Politik – ihre Lebensgrundlagen vernichtet. *(Heinz Schulze, 16.2.2013)*

Die brasilianische Erdölfirma Petrobras will im peruanischen Regenwald Erdöl fördern. Dabei befürchtet sie – sicher zu Recht – Proteste seitens der betroffenen indigenen Bevölkerung. Die peruanische Dachorganisation indigener Völker AIDSESEP benötigt andererseits für viele wichtige Vorhaben Geld.

Am 11.7.12 haben der aktuelle Präsident von AIDSESEP, Alberto Pizango Chota, und der Direktor von Petrobras in Peru, Pedro M. Grijallea Vásquez, einen Vertrag in Höhe von ca. 77.000 Dollar unterzeichnet. Dabei verpflichtet sich AIDSESEP, zu einem „harmonischen Verhältnis“ zwischen den von der Erdölförderung betroffenen indigenen Dorfgemeinschaften und der Erdölfirma Petrobras beizutragen.

Petrobras ist weltweit in 26 Ländern in den Bereichen Erdöl, Erdgas und Agrotreibstoffen aktiv. Sie ist das fünftgrößte Energie-Unternehmen weltweit und seit 1996 auch in Peru tätig, in den Regionen Marañon, Huallaga, Madre de Dios und Cusco..

Besonders bedenklich sehen Umweltschützer, dass Petrobras von der peruanischen Regierung das Gebiet „Lote 58“ als Konzession bekommen hat, das in der Provinz Concepción (Region Cusco) liegt und nahe an drei offiziellen Schutzgebieten / Nationalparks wie Manu und dem Santuario Megantoni liegt.

AIDSESEP hat bisher intensiv gegen Umwelt zerstörende Aktivitäten seitens der extraktiven Industrie gekämpft. Die deklarierten Ziele von AIDSESEP sind: Verteidigung des Lebens, Verteidigung des indigenen Territoriums, der natürlichen Ressourcen, Kultur und Menschenrechte. Dafür hat AIDSESEP z.B. 1986 den Alternativen Friedensnobelpreis bekommen.

Jetzt ist die Sorge groß, dass mit der Geldannahme durch einen Erdölkonzern die Autonomie gegenüber privaten wirtschaftlichen Interessen verloren geht.

Alberto Pizango verteidigt seine Vertragsunterzeichnung mit der Notwendigkeit, Geld zu brauchen für die vielen Aufgaben und Projekte, die AIDSESEP habe und wofür die Zuschüsse von internationalen Organisationen nicht ausreichten.

Die Kritik ist außerordentlich heftig, geht ein solches Verhalten doch an die Grundpfeiler der Philosophie der indigenen Dachorganisation:

AIDSESEP hatte bisher die andere große Organisation im Regenwald, CONAP, als Sprachrohr indigener Dorfgemeinschaften immer dahingehend kritisiert, dass diese Geld von Unternehmen angenommen habe. Diese Kritik muss AIDSESEP jetzt selbst erwarten.

Es wird nun gefragt, ob die indigenen Basisorganisationen von diesem Deal gewusst haben, also vorab gefragt worden sind. Das ist wohl nicht der Fall. Und so ist die Kritik aus den Reihen der sozialen Basis von Alberto Pizango, dem Volk der Shawi mit mehr als 100 indigenen Siedlungen im Alto Amazonas, Region Loreto, sehr heftig. „Das ist Verrat an den indigenen Völkern und ein großer Fehler von Pizango. Keine Basisorganisation bei uns im Distrikt oder in der Region wurde dazu informiert oder gefragt“, so Alfredo Torres Rucuba, Shawi und Bürgermeister im Distrikt Balsapuerto, Alto Amazonas am 20.11.12. Auch hier gibt es Versammlungen von Verantwortlichen indigener Organisationen, die u.a. deshalb einen außerordentlichen Kongress von AIDSESEP fordern.

Die große Sorge ist auch: Wenn AIDSESEP ein solch wichtiges Projekt mit einem Erdölkonzern nicht mit der eigenen Basis vorab diskutiert und zu einer Übereinkunft kommt, wie will die Organisation dann gegenüber dem peruanischen Staat die „Vorab-Konsultation“ (die „Consulta previa“, gemäß der ILO-Konvention 169) mit der notwendigen Glaubwürdigkeit einfordern?

Im Juni 2012 war eine Delegation vom Arbeitskreis München-Asháninka in Peru und hatte ein längeres Gespräch mit Alberto Pizango im Büro von AIDSESEP. Dabei betonte dieser, wie wichtig Autonomie und Unabhängigkeit für die indigene Bevölkerung sei, und dass dieses nur durch internationale Unterstützung ermöglicht würde. Natürlich haben die internationalen Hilfswerke von dem Deal mit Petrobras erfahren und es wird interessant sein, wie sie darauf in naher Zukunft reagieren.

Heinz Schulze (Quellen: Servindi, Lima, 15.10, 19.10, 20.11. und eigene Aufzeichnungen)

4. Offener Brief an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages

Das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Peru und Kolumbien wird nun dem Bundestag zur Ratifizierung vorgelegt. Zuvor wird es im Wirtschaftsausschuss des Bundestages eine öffentliche Anhörung geben. Dadurch wird sich die 2. und 3. Lesung und die Beschlussfassung auf April oder noch später verschieben. Die Infostelle Peru bittet Sie, beiliegenden Brief mit Ihrer persönlichen Unterschrift an Ihren Abgeordneten im Bundestag zu schicken.

Nachfolgend der Brief mit den Unterschriften der unterstützenden Organisationen

Alle Abgeordneten des Deutschen Bundestags

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Berlin, 18. Februar 2013

Das Freihandelsabkommen der EU mit Peru und Kolumbien wird die menschenrechtlichen, sozialen und ökologischen Probleme verschärfen.

Nein zur Ratifizierung des Freihandelsabkommens

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Deutschen Bundestags,

im Februar wird das Begleitgesetz zum Freihandelsabkommen der EU mit Peru und Kolumbien dem deutschen Bundestag zur Ratifizierung vorgelegt. Die unterzeichnenden Organisationen haben Grund zur Sorge, dass dieses Abkommen die menschenrechtlichen, sozialen und ökologischen Probleme in Peru und Kolumbien verschärfen wird.

Im internen bewaffneten Konflikt in Kolumbien wurden bislang etwa vier Millionen Menschen vertrieben und mehr als 16.000 Personen gelten als zwangsweise Verschwundene. Allein 2011 wurden 34 GewerkschafterInnen ermordet. Das Handelsabkommen enthält keine verbindlichen Regelungen für die Einhaltung der Menschenrechte, es wird zudem jene Sektoren in Kolumbien dynamisieren, die für die massiven Vertreibungen mitverantwortlich sind, wie etwa Bergbau, Agrobusiness und Infrastrukturprojekte. Dies sind auch die prioritären Sektoren des nationalen Entwicklungsplans der Regierung von Präsident Juan Manuel Santos. Es besteht also eine akute Gefahr, dass die Umsetzung des Abkommens selbst zur Verletzung von Menschenrechten beitragen wird.

Ebenso fehlen verbindliche Umweltstandards im Abkommen, die sicherstellen, dass Rohstoffförderung, Ausbreitung von Ölpalm-Plantagen und großflächige Landakquisitionen nicht die Lebensgrundlagen der lokalen Bevölkerung zerstören. 2012 wurden allein in Peru 146 Umweltkonflikte gezählt und die Regierung geht in den betroffenen Regionen mit Polizei und Militär gegen Menschen vor, die sich gegen Landraub und die Vergiftung des Wassers wehren. Bei diesen Konflikten starben im letzten Jahr 16 Menschen.

Artikel 25 des Abkommens verbietet Kolumbien und Peru, künftig Ausfuhrzölle oder sonstige Ausfuhrbeschränkungen beizubehalten oder einzuführen. Damit soll das Abkommen europäischen Unternehmen einen ungehinderten Zugang zu den Rohstoffen dieser Länder verschaffen. Dabei wird in Kauf genommen, dass die menschenrechtlichen, sozialen und ökologischen Probleme durch den Rohstoffabbau weiter zunehmen und die dadurch ausgelösten Konflikte sich verschärfen. Hauptursache dieser Konflikte sind Bergbau und Ölförderung, zum Großteil für den Export.

Internationale Bergbaukonzerne sind nachweislich als Verursacher beteiligt an Umweltschäden und Verstößen gegen die ILO-Kernarbeitsnormen. In Anbetracht der andauernden Landkonflikte und der häufig ungeklärten Landtitel in Peru und Kolumbien besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass vermehrte Investitionen in Bergbauprojekte zu weiteren Menschenrechtsverletzungen führen. Der rücksichtslose Abbau der Rohstoffe in den Ländern forciert Vertreibung und Konflikte und geht mit Verletzungen der von Kolumbien und Peru ratifizierten ILO-Konvention 169 einher, die das Recht auf freie, vorherige und informierte Zustimmung der indigenen Bevölkerung verbindlich fest schreibt.

Eine Gefährdung des Menschenrechts auf Nahrung ergibt sich durch die Verpflichtung des Abkommens, dass Peru und Kolumbien die Einfuhrzölle auf 90 Prozent der landwirtschaftlichen und anderen Güter abschaffen müssen. Der ungeschützten Konkurrenz

durch zum Teil hoch subventionierte Produkte aus der EU, wie etwa Milchpulver, sind viele kleinbäuerliche Betriebe in diesen Ländern nicht gewachsen. Erleichterte und vergünstigte Einfuhren können daher zu Einkommensverlusten bei kolumbianischen und peruanischen Landwirten führen, die ohnehin bereits von Hunger und Armut getroffen oder bedroht sind.

Die erheblichen ökonomischen Asymmetrien zwischen den Handelspartnern verhindern eine Entwicklung der beiden lateinamerikanischen Staaten über die Rolle als rein rohstoffexportierende Länder hinaus. Um dem entgegenzuwirken, brauchen Peru und Kolumbien politische Handlungsspielräume zur Regulierung ihrer Wirtschaft – eben diese Spielräume schränkt das geplante Abkommen ein.

Die im Handelsabkommen vereinbarten Liberalisierungen der Finanzmärkte erschweren die Bemühungen zur Regulierung des internationalen Finanzsektors und erleichtern Geldwäsche und Steuerhinterziehung. So könnten Finanzakteure riskante Geschäfte machen, ohne ausreichend von einer der Vertragsparteien kontrolliert zu sein. Das Abkommen schützt auch nur unzureichend das Recht der Vertragsparteien, Kapitalflüsse zu kontrollieren.

Im Bereich der geistigen Eigentumsrechte werden Kolumbien und Peru in Artikel 232 verpflichtet, die Standards des Sortenschutzabkommens UPOV in der Version von 1991 umzusetzen. Damit müssten diese Länder Gesetze erlassen, welche den Austausch und Weiterverkauf kommerziellen Saatguts während der 20-jährigen Geltungsdauer des Sortenschutzes verbieten und auch die Wiederaussaat nur gegen Entrichtung von Nachgebühren erlauben. Dadurch werden der Zugang von Bauerngemeinschaften zu Saatgut erschwert, ihre landwirtschaftlichen Produktionskosten erhöht und damit ihr Menschenrecht auf Nahrung gefährdet.

Zusätzlich wird durch sogenannte Datenexklusivität die Marktzulassung von Generika verhindert oder zumindest deutlich verzögert. Es kann dazu führen, dass die noch verbliebenen und in den WTO-Abkommen garantierten Schutzklauseln ausgehebelt werden, die es ermöglichen, Patente außer Kraft zu setzen und qualitativ gleichwertige aber wesentlich kostengünstigere Kopien von Originalprodukten zu beziehen. Die kostensenkende Wirkung der Konkurrenz durch Generika ist gerade im Hinblick auf HIV/Aids-Präparate häufig lebensnotwendig. Vor allem dank Generika ist es möglich, dass heute rund acht Millionen Menschen lebensrettende HIV-Medikamente erhalten.

Eine vom EU Parlament im Juni 2012 verabschiedete Resolution soll eine Überprüfung sozialer, arbeitsrechtlicher und Umwelt-Standards sowie der Menschenrechtssituation in Kolumbien und Peru gewährleisten. Beide Länder hatten dem Europäischen Parlament dazu einen Aktionsplan vorgelegt. Sowohl die kolumbianische Gewerkschaftsakademie (ENS) als auch zivilgesellschaftliche Organisationen kritisieren die mangelnde Verbindlichkeit dieser Aktionspläne. Das wesentliche Defizit dieser Resolution besteht darin, dass sie am Fehlen von Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen gegen Menschenrechts-, Sozial- und Umweltklauseln im Abkommen selbst nichts ändert.

Wir bitten Sie daher:

- Ratifizieren Sie nicht das Freihandelsabkommen in seiner derzeitigen Fassung und unter diesen Umständen, um die dramatische Situation in Kolumbien und Peru nicht zu verschärfen.

- Setzen Sie sich dafür ein, dass Menschenrechte, ILO-Kernarbeitsnormen, Umweltstandards und die Mitwirkungsrechte der Bevölkerung oberste Priorität haben und umgesetzt werden, auch beim Investitionsschutz.
- Setzen Sie sich dafür ein, dass künftig vor Beginn von Verhandlungen und vor einer Ratifizierung von Handelsabkommen der EU umfassende menschenrechtliche Folgenabschätzungen vorgenommen werden.
- Setzen Sie sich für eine faire und gerechte Handelspolitik mit Peru und Kolumbien ein, die der besonderen Situation dieser Länder Rechnung trägt und ihnen die notwendigen politischen Handlungsspielräume sichert.
- Helfen Sie den Opfern des internen Konflikts in Kolumbien, damit für sie der nötige Schutz gewährleistet wird, und unterstützen Sie die Menschenrechtsorganisationen in Kolumbien und Peru in ihren Anstrengungen zur Stärkung des Rechtsstaates und der Zivilgesellschaft.

Mit freundlichen Grüßen,

im Namen der mitunterzeichnenden Organisationen

Christiane Schwarz, kolko e.V.

Unterzeichnende Organisationen

action pro colombia e.V., Aachen
 ADVENIAT
 AG Bergbau in Kolumbien, Berlin
 AG Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung der Deutschen Franziskanerprovinz
 AG ökologischer Landbau zum angewandten Regenwaldschutz e.V. – Ludwigshafen
 AKTION FRIEDENSDORF - Kinder in Not e.V. Mönchengladbach
 Aktionsbündnis gegen AIDS
 Arbeitskreis München-Asháninka (Regenwald-Partnerschaft) im Nord Süd Forum München
 Archiv + Bücherei im AllerWeltHaus Hagen
 Attac Deutschland
 Color Esperanza e.V.
 Diözesanrat der Katholiken im Bistum Aachen
 Erlassjahr.de
 FDCL, Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V.
 FIAN Deutschland
 FOKUS e.V. - Perusolidarität im Welthaus Bielefeld
 Freundeskreis Peru-Amazonico e.V.
 ila - Informationsstelle Lateinamerika e.V., Bonn
 Informationsbüro Nicaragua e. V. , Wuppertal
 Informationsstelle Peru e.V., Freiburg
 informationszentrum 3. welt - iz3w
 Kairos Europa e.V.
 Kampagne "Bergwerk Peru - Reichtum geht, Armut bleibt"
 Katholische Arbeitnehmerbewegung – Diözesanverband Freiburg
 kolko - Menschenrechte für Kolumbien e.V.
 Kolumbiengruppe e.V. Nürtingen

Kommission Solidarität Eine Welt von Pax Christi
LN – Lateinamerika Nachrichten e.V.
MISEREOR
Nord Süd Forum München e.V.
Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V.
Perugruppe München
PowerShift - Verein für eine ökologisch-solidarische Energie- & Weltwirtschaft e.V.
Rettet den Regenwald e.V.
Robin Wood
Terre de Hommes
WEED - Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V.
Zusammenschluss Bayerischer Bildungsinitiativen e.V.

5. Positive Nachrichten aus Peru

PERUANISCHE REGIERUNG VERBIETET EINFUHR VON GENMANIPULIERTEN ORGANISMEN

Das hat sich die Lobby- und Manipulationsmaschine von Monsanto und Co. wohl anders vorgestellt. Im November 2011 beschloss die peruanische Regierung die Einfuhr und Produktion gentechnisch manipulierter Organismen für eine Dauer von 10 Jahren. Interessant ist hierbei, dass die notwendigen Kontrollorganisationen inklusive sachkundiger Vertreter von Nichtregierungsorganisationen geschaffen wurden und Strafen bei Verstößen, inklusiv der Vernichtung genmanipulierter Produkte mit beschlossen wurde. Mit der Federführung des gesamten Pakets wurde das Umweltministerium beauftragt. Insgesamt eine positive Maßnahme, die aber dadurch kränkelt, dass alles beim Umweltministerium liegt und nicht beim mächtigeren Landwirtschaftsminister, der direkte Eingriffsmöglichkeiten hätte.

Ein Indiz, dass es zumindest dem peruanischen Umweltminister damit ernst ist, zeigt dessen Einladung an Wissenschaftler, um über die Auswirkungen gentechnisch veränderter Produkte zu informieren. Das auch mit dem Ziel, wissenschaftlich abgesicherte Ergebnisse zu bekommen, um nach dem Moratorium auf 10 Jahre zu einer endgültigen politischen Lösung zu kommen.

Dabei können gute wissenschaftliche Berichte helfen, sich gegen die Pro-Monsanto-SpezIn im Landwirtschaftsministerium durch zu setzen.

(Foro Ecologico und noticias presidenciales. gob.pe, Umweltministerium 7.1.2013, Heinz Schulze

INDIGENE DORFGEMEINSCHAFT TRES ISLAS WIRFT ILLEGALE GOLDSCHÜRFER RAUS

Wir berichteten, dass der Oberste Gerichtshof Perus der kleinen Dorfgemeinschaft Tres Islas im südlichen Departement und Regenwald Madre de Dios (Provinz Tambopata) Recht gegeben hat, illegalen Goldschürfern den Zutritt zu verbieten. Jedoch die zuständigen Stellen in der Region wurden nicht aktiv, die Goldschürfer blieben und verseuchten die Flüsse auch durch den Quecksilber-Einsatz. „Also haben wir sie rausgeworfen“ so Juana Payana, Ex-Dorfchefin von Tres Islas. Und, wenn es keine endgültige Lösung mit den illegalen

Goldschürfern gibt, wollen die Menschen von Tres Islas ihr Problem vor die Interamerikanische Menschenrechtskommission (CIDH) bringen.

(Info Region, 12.12.12, Peru, Übersetzung Heinz Schulze)

ARGENTINISCHE ERDÖLFIRMA IN PERU BESTRAFT

Erdölförderung, gerade im amazonischen Regenwald, ist Umwelt zerstörend und enorm schmutzig. Die positive Nachricht: Nach der Millionenstrafe für Texako für Umweltschäden im Regenwald Ecuadors wurde jetzt auch die argentinische Erdölfirma Pluspetrol S.A. Norte zu einer Strafe von 30 Millionen Soles (ca. 10 Millionen Euro) verurteilt. Pluspetrol hat nach Aussagen der offiziellen Stelle für Umweltkontrolle in Peru (OEFA) die Auflagen nicht erfüllt, die von ihr angerichteten Schäden im Nationalpark Pacaya Samaria (Departement Loreto) wieder zu entfernen. Das war Teil einer Auflage in der der Umweltverträglichkeitsprüfung (2006), die Voraussetzung für die Konzessionserteilung war.

Natürlich wäre es besser, im amazonischen Regenwald und dann noch in Naturschutzgebieten überhaupt keine Genehmigungen für eine Erdölförderung zu erteilen. Aber es ist ein wichtiges Ausrufezeichen.

(Servindi, 16.1.2013, Heinz Schulze)

KAFFEE AUS PERU - SUPER

Bei einem kürzlich erfolgten internationalen Wettbewerb kamen drei peruanische Kaffeeproduzenten unter die zehn weltweit besten.

An erster Stelle war der Ndumberi-Factory Kaffee aus Kenia (87,41 Punkte), an zweiter Stelle der Tunki-Kaffee aus dem Tiefland Punos, mit 86,91 Punkten bester Kaffee Lateinamerikas,

an dritter Stelle der von El Silencia aus Kolumbien mit 86,88 Punkten, an fünfter Stelle der Cafe Quechua – Cajamarca mit 86,0 Punkten und an neunter Stelle Sol y Cafe Cooperativa (San Ignacio, Nord Cajamarca – und vom Team für Ländliche Entwicklung – EDAC – unterstützt und in der Anfangszeit promoviert).

Ein Wermutstropfen ist, dass der Wettbewerb 2012 von der US-amerikanischen Ratingorganisation Rainforest durchgeführt wurde, die zwar die Qualität, aber nicht die Kriterien des Fairen Handels prüft.

Dafür aber etwas zum Schmunzeln:

Eine Studie der Universität in Bochum hat, so sagen es die Autoren Lars Kuchine und Vanessa Lix, herausgefunden: Kaffee trinken macht nicht nur wacher, sondern verbessert den Humor und macht die Menschen optimistischer. Das wäre eigentlich keine Nachricht wert, wenn die Studie nicht von den großen Kaffeeproduzenten Perus in die Diskussion gebracht wird, um

das Kaffee trinken in Peru zu erhöhen. Der peruanische Kaffee hat Premiumqualität, wie vorher gesehen und es wäre den Menschen in Peru nur zu wünschen, dass sie einen besseren Kaffee trinken als die lösliche Brühe Marke Nestle oder Kirma. Aber, ob die Menschen dann so „humorvoll“ und „optimistisch“ wie wir starken Kaffeetrinker in Deutschland würden, das kann doch bezweifelt werden.

(El Comercio, 8.11.12), Heinz Schulze

UNO – KONVENTION WILL QUECKSILBER REDUZIEREN

Das UN-Umweltprogramm schlägt erneut Alarm und will, dass die Vereinen Nationen ein Verbot von Quecksilber erlassen.

Bei ihrem turnusmäßigen Treffen vom 13.-15.1.13 in Genf haben 140 Staaten sich auf eine verbindliche Reduktion des Quecksilber-Ausstosses geeinigt. Quecksilber fällt in der Industrie- und Energieproduktion an. In Peru ist Quecksilber vor allem im illegalen Kleinbergbau im Einsatz, und vergiftet u.a. die Gewässer im Amazonasgebiet Madre de Dios. Wenn eine solche Konvention in Kraft treten – und eingehalten würde – wäre das eine Erlösung für Mensch und Natur, auch in Peru, wo jährlich ca. 120.000 Kilo Quecksilber von im illegalen Goldabbau eingesetzt werden.

(Inforegion, Peru, 13.1.2013, Heinz Schulze)

JUGENDLICHE INITIATIVEN AUFGREIFEN UND NICHT KASTRIEREN

Peru ist ein „junges Land“. Zur Erinnerung Von der aktuellen Bevölkerung von ca. 30.Mio Menschen sind ca. 8.2 Mio. zwischen 15 und 29 Jahre alt.

Jorge Agurto (Servindi) schrieb, auch mit vielen Grüßen an InfoPeru:

Im Dezember 2012 hatte ich die Möglichkeit als Moderator (facilitador) junge Menschen bei ihrem 3-tätigen Treffen in Lima zu begleiten. Angesagt war, ausgehend von ihren Sorgen, Erwartungen und Lebensvorstellungen eine Strategie für die peruanische Jugend 2012-2021 zu erarbeiten. Frühere Jugendpläne (Plan Estratégico Nacional de Juventudes) hatten das große Manko, dass daran keine Jugendlichen beteiligt waren.

Das Treffen fand nicht spontan statt, sondern hatte als Ausgangspunkt Untersuchungen über die Situation von Jugendlichen in Peru.

Die Aussage der Politik ist immer: Bildung ist das Wichtigste, gerade für die jungen Menschen. Aber 40% der jungen Menschen zwischen 15 und 29 Jahren haben keinen Sekundarabschluss, auf dem Land (Anden und Regenwald und z.T. an der Küste) haben 34%

höchstens die Grundschule besucht. Nur 2,5% der jungen Menschen auf dem Land schaffen es zur Universität (im Regenwald noch weniger), in den Städten sind es ca. 18%.

Wo sehen die beteiligten Jugendlichen ihre strategischen Schwerpunkte ?

Interkulturalität : die kulturelle Vielfalt Perus als Chance zu sehen und gegen die vorhandene Diskriminierung vorzugehen.

Zu tun wäre hier: Stärkung der 2-sprachigen Bildung, Anerkennung der kulturellen unterschiedlichen Identität in den Anden, im Regenwald, der Afroperuaner und der Kultur der Küste – und das umgesetzt u.a. durch die Erstellung entsprechender didaktischer Materialien.

- Beteiligung der Jugendlichen an Entscheidungen, besonders der jungen Menschen auf dem Land mit Betonung der Interkulturalität,
- Stärkung der Regionen mit ernsthafter Selbstbestimmung der indigenen Völker,
- Beachtung des überlieferten Wissens, um zu einem „Guten Leben“ zu gelangen, aber ebenso die Beiträge früherer MigrantInnen aus China, Japan, Italien etc. zu beachten und anzuerkennen.
- Ausrichtung der Wirtschaft an einer „nachhaltigen Entwicklung“ mit Schutz der Ökosysteme, was auch für ausländische Projekte (Entwicklungsprojekte) gelten muss.

Anregungen junger Menschen aufgreifen und nicht kastrieren:

Sie betonten, dass sie längst viele Dinge machen (für die Kultur, kulturelle Identität, Umwelt, Soziales, Politik etc.). Es reiche nicht, ihnen zuzuhören, sondern ihre Vorschläge müssten verstärkt aufgenommen werden, denn so auch Jorge Agurto: die Jugend ist nicht nur die Gegenwart sondern auch die Zukunft, die aber durch unsachgemäße oder kriminelle Ausbeutung der Ressourcen immer schlimmer aussieht.

In Rollenspielen oder Soziodramen gingen die Jugendlichen auch mit sich selbst kritisch um. Als kritische Verhaltensweisen wurden genannt: zu spät zu Verabredungen kommen, Treffen ohne Tagesordnung, Macho-Gehabe, Langzeitreden ohne wirklich etwas zu sagen...

(Jorge Agurto in Servindi 20.1. und 29.1.2013, gekürzte Übersetzung Heinz Schulze)

6. Neuschwanstein und Macchupicchu: von Touristen ueberrannt

Klar, das ist so nicht vergleichbar. Machupicchu ist älter und majestätischer und überhaupt... Aber es ist doch vergleichbar: Beide sind Touristenmagneten.

Der Abendzug aus Füssen (bei Neuschwanstein) kommend, entlässt im Münchener Hauptbahnhof aberhunderte von BesucherInnen; ähnlich geht es im Bahnhof von Cusco zu, wenn der – inzwischen sich im Besitz eines chilenischen Konsortiums befindliche Zug - von Machupicchu zurück kommt.

Bei beiden Sehenswürdigkeiten ist die tägliche Besucherzahl begrenzt. In Neuschwanstein wird dies eingehalten...

Jetzt hat die Oberste Finanzbehörde Perus erneut, nach intensiven Kontrollen, diesmal aber dramatisch, wegen der problematischen Situation Machupicchus Alarm geschlagen.

Besonders gravierend ist, dass die tägliche Höchstzahl von 2.500 Besucherinnen nicht eingehalten wird, sondern oft um 30% überschritten wird, z.T. ohne echten Ticketverkauf.

Beim Besichtigungstau trampeln, auf der Suche nach den schönsten Fotomotiven die Besucherinnen überall herum und zerstören immer mehr die Pflanzen.

Durch einen Kran für Werbeaufnahmen einer großen peruanischen Bierbrauerei wurde im Jahr 2000 die sog. Sonnenuhr in Mitleidenschaft gezogen.

Das Dorf Machupicchu, unterhalb der Inkafestung, hat Grundstücke zum Bau von Häusern vergeben, die z.T. im archäologischen Komplex Torontoy liegen.

Täglich fallen entlang der Bahnstrecke nach Machupicchu ca. 7.5 Tonnen Müll an, ebenso bleibt immer noch zu viel Müll auf dem Incapfad nach Machupicchu liegen. Dieser wird dann auf die Müllhalde von Jahuacollay – beim Dorf Maras (Provinz Urubamba) - gefahren, wo es keine angemessene Weiterbehandlung gibt.

Die in der Nähe von Machupicchu liegenden Dörfer lassen ihre Abwässer ungesäubert in den Fluss Vilcanota ab.

Diese von insgesamt 93 genannten Problemen können dazu führen, dass die UNESCO Machupicchu den seit 1983 innehabenden Status als Weltkultur- und Naturerbe aberkennt, wenn die Zerstörung so wie bisher weitergeht.

(Heinz Schulze, mit Quellen aus Servindi u.a., 9.1.2013,)

7. Veranstaltungen

*Lima

5. März, 18.30 Uhr

Treffen der Ortsgruppe Lima zum Thema „Consulta previa“

*Freiburg

Samstag, 20. April 2013, 09 – 17 h, Katholische Akademie

„Handeln global verantworten - Verantwortung erkennen und wahrnehmen: das Beispiel Wasser“

Information: merk@infostelle-peru.de

* Köln

26. -28. April 2013, Jugend- und Gästehaus St. Georg

Peru-Seminar der Informationsstelle Peru e.V.

Aus dem Programm:

- „Wasserknappheit und Landwirtschaft in Peru“ Laureano del Castillo, CEPES, Lima
- „Wasserprobleme in Lima“ Dr. Manfred Schütze, IFAK - Institut für Automation und Kommunikation Magdeburg
- „Ware Wasser –Weltweite Tendenzen der Privatisierung der Wasserversorgung“
- „Was hat das mit uns zu tun? Wo müssen Veränderungen ansetzen?“
- „Hoher Verbrauch – starke Verschmutzung Wasserprobleme in Deutschland“

Information und Anmeldung: merk@infostelle-peru.de

Sie können den Newsletter bestellen über die Website der Informationsstelle Peru e.V.,
www.infostelle-peru.de

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an

newsletter@infostelle-peru.de

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. mit Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor und EED.